

Der Besselschaffter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

gegründet 1820

Freitag den 23. Juli 1920

Beständige Zeitung im Oberamtsbezirk. — Wasagen und haben von bestem Erfolg.

Es wird dieses Blatt bei den Postämtern in beständiger Ausgabe oder an den Postämtern bestellt. In allen von höherer Gewalt bedingten Fällen erfolgt die Fortsetzung oder die Fortsetzung d. Besondere, die ist, der Inhalt wird in demselben Fortgesetzt.

Telegraphische Adressen: Gesellschaft Nagold.

Postfachnummer: Stuttgart 3112.

Nr. 169

Freitag den 23. Juli 1920

94. Jahrgang

Spaa und der Bolschewismus.

Von Dr. E. J. E. N. N.

Wer je eine große Treibjagd mitmacht, wird sich ergötzen haben über den Gegensatz zwischen den in Ruhe auf ihren Anstehen den Zutritt des Wildes abwartenden Schützen — den eigentlichen Ausgetrieben der Beute —, und den mit Gallop und Hundegelack losgehenden Treibern. Jene sitzen stillvergnügt, aber mit gespannter Aufmerksamkeit und gespannten Fährten da, knabbern geruchsam ihren Imbiß und meiden jedes überflüssige Geräusch, bis das Treiben sich naht; diese knappert mit ihren Stöcken an die Stämme des Waldes, laufen aufgeregt vorwärts und wähen sich, nach dem Eifer auf ihren Gesichtern, oft die Hauptpersonen der Ereignisse. Das sind eben meist die „Dummen“, jene aber sind die eigentlichen Jagdbereuen, die Beherrscher der Situation.

Ganz so sah es auch bei der Treibjagd aus, die in Spaa auf das verfolgte Eidehild, die deutsche Nation, vor sich ging. Ohne es zu ahnen, daß sie mit ihrem Forttoben das Wild nur aufsuchten, ohne es zum Schuß zu bekommen, waren da in Wichtigkeit und Selbstbewußtsein die Diplomaten der Entente versammelt. Gehten das Wild, indem sie es mit ihrem Geschrei aufschreckten suchten und Schreischreien in Gestalt der herangerufenen Generale anzuhören ließen. Und merkten gar nicht, daß sie mit jedem Schritt, mit dem sie Deutschland in größere Bedrängnis trieben, doch nur erreichten, daß sie es schützender der lauernden Schützenkette näher brachten. Die hohle Wichtigkeit wird nur übertroffen durch die unfehlige Verblendung, die solch lächerliches Gebaren nicht übersehen will.

Zwei Dinge sind auf der Konferenz in Spaa erreicht worden. Beides Dinge, die dem Bolschewismus in die Hände arbeiten und schließlich die durch ihre eigene Dummheit gepöppelten Treiber, die doch auf gute Beute auszugehen hofften, leer ausgehen lassen werden. Das eine ist die Deutschland auferlegte Pflicht, sozusagen „mit nackten Händen“, wie ein lächerlicher Bolschewist mit treffendem russischem Ausdruck meinte, d. h. mit einer völlig entwaффten Macht, die verborgenen Waffen aus den Verstecken zu reißen, aus denen sie freiwillig nicht hervorkommen werden. Das zweite ist die wirtschaftliche Einschränkung, die Arbeitslosigkeit und der Hunger — alle drei engste Verbündete des Bolschewismus —, welche das Rohmaterial zur Folge haben muß.

Die bolschewistischen Jäger liegen schon lange schußbereit im Hinterhalt, des deutschen Wildes brennend. Bisher bedürfteten sie immer noch, es könnte ihnen ausbrechen und durch die Lappen gehen. Die europäische Diplomatie — man ist verächtlich, ob solchen Unverständes sie „Diplomatie“ zu nennen! — ist nun freiwillig beigegebenen, um Treiberbände zu leisten. In natürem Jagdfeier ist sie hinter einem Wild her, das ... ein anderer zu erliegen Anstalten macht. Und wer weiß, ob nicht der eine oder der andere der über-eifrigen Treiber von dem eigentlichen Jagdbereuen „nauf-geschossen“ wird bei dieser Gelegenheit!

In Spaa ist die Lage völlig verkannt worden. Keine Spur von Verständnis dafür ist dort aufgebracht worden, daß die Kernfrage heißen sollte: Bringt man Deutschland über die Fährnisse des von innen wie von außen beschleichen Bolschewismus hinweg und sichert sich damit einen rechtschaffenen Beitrag zur Wiedergutmachung, oder will man die Vernichtung des Landes, seinen Untergang in jene bettelhafte Verarmung, wie sie nur die Vernichtung des Bolschewismus fertig bekommt. Man vergaß, daß man als Treiber nur den Sturz des Wildes zu sehen bekommt, empfindet heute sogar andächtige Freude beim Anblick des stiehenden verängstigten Opfers. Und diesen Anblick hat man in Spaa auf Seite der Entente gehabt: man hat den Stief Deutschland zu sehen geglaubt; es scheint die entscheidende Wendung zum Bolschewismus genommen zu haben. Einige verzeifelte Haden schläge noch — und es nimmt die Richtung geradewegs in den Bolschewismus hinein. Die Entwaffnung, die es gegen innere Unruhen ohnmächtig macht, und der länderhafte Kohlenwucher drohen ihm jeden anderen Ausweg zu verlegen.

Die Herren in Spaa bedenken eben nicht, daß die Treiber freis das Nachsehen haben. Nicht einmal ein Zerstück wird ihnen zugeworfen werden! Im Gegenteil werden sie gegen Ende der Jagd Sorge tragen müssen, nicht selbst unversehrt in die Schutzlinie hineinzuqueren. Denn das Jagdfeier der Bolschewisten auf bürgerliche Staaten ist sehr groß — und da kann manches passieren.

Lord George über die politische Lage.

London, 22. Juli. Im Unterhaus hielt heute Lord George eine Rede über die politische Lage. Er führte u. a. aus: Polen hat den Alliierten Anlaß zu großer Sorge gegeben. Ein unabhängiges Polen ist für die Entwicklung des Friedens unentbehrlich. Ohne ein unabhängiges Polen würde eine große aggressive Militärmacht über das Gebiet eines anderen Volkes hinweg direkt gegen die deutsche Grenze heranrücken. Der polnische Ministerpräsident hat sich bereit erklärt, die Armee innerhalb der eigentlichen Grenzen Polens zurückzuführen. Sowjetrußland sei bereit, die Frage eines

Waffenstillstandes mit Polen in freundschaftliche Eröpfung zu ziehen. Es seien jedoch Anzeichen dafür vorhanden, daß die Sowjet-Regierung lediglich bereit sei, über die Angelegenheit mit einer Proletarier-Regierung zu verhandeln. Das sei eine unerträglich Lage. Um die Möglichkeit der Sowjet-Regierung auf die Probe zu stellen, hätten die Alliierten Polen den Rat gegeben, Rußland um einen Waffenstillstand zu ersuchen. Wenn Rußland dieses Ersuchen ablehne und die russischen Truppen in Polen einmarschieren, dann würden die alliierten Mächte Polen mit allen in ihrer Macht liegenden Mitteln unterstützen. Innerhalb der letzten Tage hätten die Polen ein Freiwilligenheer von 300 000 Mann aufgestellt. Polen habe also genügend Mannschaften, aber Mangel an Ausrüstung und organisatorischen Kräften, Frankreich und England könnten diese liefern. Es liege im Interesse von England und Europa, daß Polen nicht vernichtet wird. Frankreich und Großbritannien hätten besondere Gedanken nach Polen geschickt, die darüber berichten sollen, welche Schritte ergriffen werden sollten, um dem polnischen Volke bei der Verteidigung seiner Grenzen beizustehen. Wir haben den englischen Botschafter in Berlin mit einem militärischen Vertreter abgeschickt und Frankreich sendet General Weigand. Es ist auch sehr möglich, daß noch nach Polen gehen wird. Aber ich hoffe, daß dies nicht erforderlich sein wird. Lord George wendet sich dann den Ereignissen der Konferenz in Spaa zu und bemerkt, die Konferenz habe den Deutschen die Möglichkeit gegeben, mit den Alliierten in einer ruhigeren Atmosphäre und einer auf beiden Seiten etwas zugänglicheren Stimmung zusammenzukommen. Er habe den Eindruck, daß der deutsche Reichskanzler und Dr. Simons zwei vollkommen ehrenhafte und aufrichtige Männer seien. Sie seien Leute, die ihr Bestes tun würden, um den Friedensvertrag auszuführen. In Spaa seien für jedes einzelne Land wertvolle Ergebnisse erzielt und die Einigkeit der Alliierten gestärkt worden. Es sei erwiesen, daß die Deutschen sich in dem Problem der Entschädigung abgemüht hätten und große Anstrengungen machten, um damit vorwärts zu kommen. Lord George betonte, daß Pläne zur Beschaffung von Geldmitteln aufgestellt worden seien, um Deutschland in den Stand zu setzen, die Zahlungen zu leisten. Ein Versuch, sich eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen, sei nicht wahrzunehmen.

Das Verfahren gegen die „Kriegsschuldigen“.

Von amtlicher Stelle wird über den Stand des Prozesses gegen die sogenannten „Kriegsverbrecher“ folgendes mitgeteilt: Die Vertreter der Obersten deutschen Justizbehörde haben in Spaa mit Ententevertretern die Frage der sog. „Kriegsschuldigen-Prozesse“ durchgesprochen, wobei sich insofern eine Übereinstimmung ergeben hat, als es wünschenswert erscheint, diese Angelegenheit aus dem diplomatischen Verkehr auszuscheiden und, da es sich mehr oder weniger um rein juristische Fragen handelt, einen direkten Verkehr des Oberreichsanwalts mit den Justizministern der alliierten Länder zuzulassen. Es wird also in allen Fällen, die beim Reichsgericht anhängig sind, insoweit ausreichendes Beweismaterial noch nicht erbracht werden kann, seitens der Oberreichsanwaltschaft das Ersuchen an die entsprechenden Minister der alliierten Länder um Bewoaffnung des Tatbestandes u. zur Beschaffung der erforderlichen Beweismittel gerichtet werden. Gleichseitig werden die Justizminister gebeten, auch die Vernehmungen der dort bekannten oder noch zu ermittelnden Zeugen durch die zuständigen Gerichte herbeizuführen. Dem Wunsch der Ententevertreter, daß diese Ermittlungen möglichst schnell eingeleitet und durchgeführt werden möchten, wird seitens des Oberreichsanwalts in Leipzig in loyallster Weise stattgegeben werden. Hervorzuheben ist, daß seitens der Ententevertreter den deutschen Justizbehörden alles Entgegenkommen versichert wird und daß die Alliierten ihr unbefränktes Vertrauen zur Unparteilichkeit des Reichsgerichts geäußert haben. Von irgend einer Festlegung oder einer sonstigen Prestion auf die deutsche Justizverwaltung war in Spaa keine Rede. Im Gegenteil zeigte sich seitens der Ententevertreter die größte Bereitwilligkeit, bei der Beschaffung von Beweismaterial behilflich sein zu wollen. Irgegendweil neues Material wurde den deutschen Justizbehörden in Spaa nicht übergeben, sondern nur die Wege zur weiteren Beweisermittlung eröffnet. Es ist also vorläufig an Material nur die sogenannte „alte“ und „neue Liste“ (die sog. Probesten) in den Händen der deutschen Justiz. Zu betonen ist weiterhin, daß die bisherigen Ermittlungen und die vorliegenden Zeugenaussagen ein ausreichendes Material zur Anklageerhebung noch nicht erbracht haben. In einer ganzen Reihe von Fällen hat das Verfahren eingestellt werden müssen, weil die Beschuldigten bereits verstorben waren. Auch durch verstümmelte Namen sind große Schwierigkeiten bereitet worden. Alle Redungen über einen bestimmten Zeitpunkt der Verhandlungen beruhen lediglich auf Kombinationen. Es läßt sich heute absolut noch nicht sagen, wann der Termin der Hauptverhandlung angelegt werden kann.

Tages-Neuigkeiten.

Der Reichstag hat das Wort.
Berlin, 22. Juli. Der Ausschuh für auswärtige Angelegenheiten hat gestern Nachmittag seine Aussprache über die

Vorgänge in Spaa beendet. Den Verhandlungen wohnten Reichskanzler Lehndorff, der Reichstagspräsident Loh und eine Anzahl von Ministerpräsidenten der einzelnen Länder bei, die am Vormittag in Berlin versammelt waren, um gleichzeitig Berichte über Spaa zu erhalten. Einmütig wurde von allen Rednern festgesetzt, daß der auswärtige Ausschuh nicht berufen sei, Beschlüsse zu fassen, sondern daß dem Reichstag vorbehalten bleiben müsse, über das Ergebnis der Verhandlungen in Spaa das Vertrauen oder das Mißtrauen auszusprechen. Er ging aber aus von den Darlegungen der einzelnen Parteiführer, von denen gestern Stresemann, Spahn, Schiffer, Pfeiffer und Stamper sprachen, daß die Regierung mit einer großen Mehrheit im Reichstag rechnen kann, die für ihr Verhalten in Spaa das Vertrauen aussprechen wird. Es scheint, daß nur die deutsche nationale Volkspartei sich der Stimme enthalten wird.

Eine Unterredung mit dem Kronprinzen.

Der Chicago Tribune entnimmt die Post. Zu dem Bericht über eine Unterredung mit dem Kronprinzen in Bieringen. Der Kronprinz erklärte es für unter seiner Würde, zu fliehen. Er sei überzeugt, in einiger Zeit mit Zustimmung der Entente die Freiheit wieder zu erlangen. Er habe niemals sein Ehrenwort gegeben, nicht zu fliehen, werde auch nicht übermachtet, sondern stehe unter dem Schutze des Bürgermeisters.

Die Aufgaben der deutschen Funkstellen.

Nachdem die durch den Friedensvertrag dem deutschen Funkverkehr auferlegten Beschränkungen weggefallen sind, findet der Funkverkehr wieder im vollen Umfange und in stärkerer Ausgestaltung als vor dem Kriege statt. Die Funkstellen nehmen den Verkehr mit den auf See befindlichen Schiffen wahr. Die Hauptfunkstelle Norddeich übermitteln Sturmwarnungen, Wetternachrichten, Nachrichten für Seefahrer an die Schiffe, während die Großfunkstellen Naunau u. Elmloef dem früheren, von den Kabeln ausgeführten überseeischen Telegrammverkehr dienen. Naunau sendet außerdem täglich um 1 Uhr das international vereinbarte Zeitzeichen aus, ferner deutsche Pressemeldungen, die auf diese Weise auf schnellstem Wege bis in weit entfernte Länder gelangen. Eine besonders wichtige Rolle spielt die Hauptfunkstelle Königs-wasserhaufen. Sie ist die Zentrale für den inneren und für den Funkverkehr mit den europäischen Ländern; sie vermittelt ferner einen von der Außenhandelsstelle ausgehenden Funkwirtschaftsdienst und demnachst probeweise einen von mehreren Nachrichtenbüros auszuführenden Funkpressendienst. Außerdem werden von ihr dreimal täglich Wetternachrichten gesandt, die für die deutschen Wetterdienststellen und die Flughäfen bestimmt sind. Die Funkstellen des Reichsfunknetzes, deren Zahl ständig zunimmt, und die mit den Telegraphenämtern vereinigt sind, dienen dem Telegrammverkehr zwischen den wichtigsten Orten Deutschlands und treten hauptsächlich bei Überlastung und Unterbrechungen der Telegraphenlinien in Erscheinung.

Die englische Antwortnote an Sowjetrußland.

Amsterdam, 21. Juli. „Daily News“ schreiben zur engl. Antwortnote an Sowjetrußland: Die englische Note macht es deutlich, daß England nicht eingreift, um Polen irgend etwas über seine Unabhängigkeit innerhalb seiner Grenzen neu zu verschaffen; aber wenn die Bolschewisten in Polen eindringen, so würde die Lage von Grund aus geändert sein. Polen würde die besten Offiziere Westeuropas, sehr wahrscheinlich einschließlich des Marshalls Foch, selbst zur Verfügung haben. Was die Munition angeht, so ist ganz Ostdeutschland mit Geschützen und Munitionslagern voll gepflanzt, die nach dem Friedensvertrage an die Alliierten ausgeliefert werden müßten. Wenn Sowjetrußland in Polen einfällt, dann wird die Gesamtheit der Kriegsordrteile sofort zur Verfügung stehen. — Daily Express sagt: Die englische Antwortnote erklärt, daß es unmöglich ist, die Verhandlungen über den Handelsverkehr mit Rußland fortzusetzen, wenn die Sowjet-Truppen in Polen eindringen. Rußland ist daher verständigt worden, daß es besser ist, wenn er seine Abreise nach England solange aufschiebt, bis die Stellungnahme der Sowjetregierung zweifelsfrei klar gemacht worden ist.

Französische Geheimagenten.

Frankfurt a. M., 21. Juli. Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet aus Mainz die Verhaftung des Reichslehrers Radom aus Bessom, der heute früh von französischen Geheimagenten wegen politischer Unruhe festgenommen wurde. Es steht fest, so sagt das Blatt, daß die französischen geheime militärische Polizei in Mainz und Wiesbaden Deutsche und Elsaß-Vorbringer gegen hohe Bezahlung angeworben hat, die sich untertaucht in den Wirtschaften und auf freien Plätzen unter das Publikum mischen und den Franzosen Sympathien leisten. Eine unvorsichtige Keulierung gegen die Franzosen genügt diesen Landesverrättern, die Ahnungslosen der französischen Polizei in die Hände zu spielen.

Verfunktetes Blockade-Schiff geboten.

Amsterdam, 22. Juli. Den „Times“ zufolge wurde das Blockadeschiff Intrepid, das im Hafen von Zebrügge während des Krieges versenkt worden war, geboten.



Aufhebung der Reichsfleischkarte.

Berlin. Wie wir hören, soll die Reichsfleischkarte als Kontrollmittel des Fleischverbrauchs ab 1. Dez. d. J. im ganzen Reich aufgehoben werden. Die für die Kommunalverbände sehr kostspielige Einrichtung der Fleischkarte hält man weiterhin für überflüssig, da sie durch die Kundentische in Verbindung mit dem Versorgungsausweis hinreichend ersetzt wird. In Bayern ist die Aufhebung der Fleischkarte bereits mit Wirkung vom 2. August mit Genehmigung der Reichsbehörde durch die bayerische Fleischverorgungsstelle angeordnet.

Werbungen für die Rote Armee.

Berlin, 22. Juli. Aus Königsberg in Pr. wird der „Voll. Ztg.“ von Werbungen in und um Insterburg für die Rote Armee berichtet.

Französische Truppentransporte.

Berlin, 23. Juli. Nach einer Meldung des Volalanzeigers aus Vassau ist dort aus Paris die Nachricht eingetroffen, daß Ende Juli die ersten Truppentransporte aus Frankreich eintreffen werden. Die Transporte werden voraussichtlich über See geleitet und in Danzig ausgepackt werden.

Die Ministerkrise in Portugal beigelegt.

Lissabon, 21. Juli. (Gazeta.) Die Ministerkrise ist durch die Bekandigung fast aller Parteien beigelegt worden. Unter dem Vorsteh des liberalen Führers Branco wurde ein Koalitionskabinet gebildet. Branco übernimmt wieder das Portefeuille des Außenwärtigen. Das neue Ministerium ist von der öffentlichen Meinung gut aufgenommen worden.

Der Rückzug der polnischen Armee.

Kopenhagen, 21. Juli. Nach einem Telegramm aus Warschau sagt der polnische Heeresbericht: Nördlich von Grodno dauert der Kampf auf der Linie Straz-Boovice an. In der Gegend von Nowogrod haben die Polen den Befehl erhalten, nach Westen den Rückzug anzutreten. Poltschewitsche Angriffe in Podolien und am Styrfluh sind abgeschlagen worden.

Amsterdam, 21. Juli. „Daily News“ schreiben zur englischen Antwortnote an Sowjetrußland: Die englische Note macht es deutlich, daß England nicht eingreift, um Polen irgend etwas über seine Unabhängigkeit innerhalb seiner Grenzen neu zu verschaffen, aber wenn die Bolschewisten in Polen eindringen, so würde die Lage von Grund aus geändert sein. Polen würde die besten Offiziere Westeuropas, sehr wahrscheinlich einschließlich des Marschalls Foch, selbst zur Verfügung haben. Was die Munition angeht, so ist ganz Ostdeutschland mit Geschützen und Munitionslagern vollgepropt, die nach dem Friedensvertrag an die Alliierten ausgeliefert werden müßten. Wenn Sowjetrußland in Polen einrückt, dann wird die Gesamtheit der Kriegsvorräte sofort zur Verfügung stehen.

Franzosen gegen Bolschewisten.

Warschau, 22. Juli. Das „Journal de Bologne“ berichtet: Die hiesigen französischen Generale und Stabsoffiziere hätten den Vorschlag der polnischen Regierung sich als technische Berater zu den polnischen Stäben an die Front zu begeben, angenommen. Das Blatt zieht daraus den Schluß, daß Frankreich Polen nicht nur mit Worten helfen wolle, sondern bereit sei, zur Tat überzugehen.

Bolschewistische Offensive gegen Rumänien.

Basel, 22. Juli. Das rumänische Pressebureau meldet aus Bukarest, die Moskauer Funkpässe der letzten Tage bereiteten auf einen Vorstoß der roten Truppen gegen Rumänien vor. Eine bolschewistische Offensive gegen Bessarabien und die Bukowina läge in unmittelbarer Absicht der russischen Heeresleitung.

Die Unterwerfung des Emir Faissal.

Basel, 22. Juli. Aus Paris wird gemeldet, daß der Emir Faissal sämtliche Bedingungen des Ultimatus des Generals Gouraud angenommen habe.

Von der Schweizerisch-deutschen Grenze.

Zürich, 22. Juli. Der Bundesrat hat beschlossen, das Militärdepartement zu ermächtigen, an der deutsch-schweizerischen Grenze einen Teil der Grenztruppen auch fernerhin zu belassen.

Englische Truppenverstärkungen für Indien.

London, 21. Juli. Kriegsminister Churchill erklärte im Unterhaus, es seien erhebliche Truppenverstärkungen nach Mesopotamien und Indien unterwegs.

Damit ist zum erstenmal von amtlicher englischer Seite zugegeben, daß auch in Indien die Lage für England sehr ernst ist.

Das versenkte Gefangenenschiff?

Helsingfors, 22. Juli. Die Nachricht, daß auf der Rewa ein Schiff mit einer großen Anzahl deutscher und österreichischer Gefangenen untergegangen sein soll, wurde von deutscher amtlicher Stelle dementiert. Ein Schwede, der jetzt aus Petersburg in Helsingfors angekommen ist, teilt dazu mit, daß das Schiff mit den Gefangenen tatsächlich auf der Rewa untergegangen sei. Nach den inzwischen gemachten Feststellungen habe sich die Schiffsleitung große Betrügereien und Diebstähle zuschulden kommen lassen; um sich der Verstrafung zu entziehen, haben die Schuldigen zu dem radikalen Mittel gegriffen, das Fahrzeug auf der Rewa mit Mann und Maus zu versenken. Auf diese Weise seien ungefähr 800 Kriegsgefangene umgekommen, von denen der größte Teil Deutsche und Oesterreicher waren.

Kleine Nachrichten.

Dresden. Die Volkshammer nahm in ihrer heutigen Sitzung einen Antrag auf Erlass des Verbots jeglichen Lotteriespiels gegen die Stimmen der Rechten an.

Vermischtes.

Die „Waterland“ unter dem Hammer. Deutschlands Stolz, das 54000 Tonnen große Wunderschiff, dessen Ausmaße und Pracht der Einrichtung uns alle neideten, ist unter dem neuen Schiffsfahrtsgesetz soeben zum öffentlichen Verkauf gestellt worden. Angebote einzureichen bis zum 30. Juni. Ablieferung Remort im gegenwärtigen Zustand des Schiffes. Der von Peart gegen den Verkauf deutscher Schiffe, oder

rächtiger, die Verschleuderung an die Engländer, geführte Kampf ist damit beendet, daß der gerichtliche Einhaltsbefehl sich auf das alte Schiffsfahrtsgesetz von 1916 stützte, und das neue direkt den Verkauf aller Schiffe anordnet. Man erwartet ein Preisangebot von 3 1/2—4 Millionen Dollar. Die Kosten der Wiederherstellung werden auf 9—10 Millionen geschätzt, so daß die Gesamtkosten des Dampfers etwa 13—14 Millionen betragen würden. Der Käufer muß außerdem damit rechnen, daß die Reparaturen mindestens ein Jahr in Anspruch nehmen, man glaubt daher nicht, daß das im Frühjahr von der International Mercantile Marine gemachte Angebot durch Wettbewerb der American Ship and Commerce Co. und der U. S. Mail Steamship Co. wesentlich erhöht werden wird. Mit dem Verkauf der „Waterland“ werden 18 ehemals deutsche Passagierdampfer in Privateigende übergegangen sein, einige weitere sollen durch den Krieg so mitgenommen sein, daß sich ihre Wiederherstellung nicht lohnt.

Reichsschulkonferenz und alkoholfreie Jugend-erziehung. Im Anschluß an den Bericht des Ausschusses 9 (Lehrerbildung) der Reichsschulkonferenz wurde von einer größeren Anzahl angegebener Teilnehmer derselben folgende „formulierte Erklärung“ abgegeben: „Unter den sozialhygienischen Forderungen für die Jugend steht im Vordergrund die alkoholfreie Jugend-erziehung. Die daraus sich ergebenden Aufgaben für sämtliche Schulen (höhere, Volks-, Fortbildungsschulen, Fach-, usw. Schulen) werden nur dann in voll befriedigender Weise ausgefüllt werden, wenn sämtlichen Lehrern im Laufe ihrer Ausbildung (auf Seminarien, Lehrerschulen, Antwerstäten usw.) die nötigen Kenntnisse in wissenschaftlicher Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit dargeboten werden. Erst dann ist die Gewähr dafür gegeben, daß die Forderungen an die Schulen (einschließlich des Unterrichts und die Gewissen schärfende unterrichtliche Behandlung der Alkoholfrage, Bereitstellung der nötigen Lehrbücher und Anschaffungsmittel, Ausschaltung der geistigen Getränke von Schulen usw.) in erfolgreicher Weise erfüllt werden. Solche Schulpläne gegen neubrochende Gefahren anzurichten ist im Blick auf unsere deutsche Zukunft nötiger denn je.“

Rabindranath Tagore, der indische Weise und Volksmann, dem kurz vor dem Kriege der Nobelpreis für Literatur zuerkannt wurde, wird in Kürze nach Europa kommen. Wenn die Engländer das nicht verhindern, dürfte ihn wohl auch Deutschland erwarten können. Eben jetzt wird in deutscher Uebersetzung der Roman Tagores „Das Heim und die Welt“ erscheinen, ein Werk, das tief in die Wirklichkeit des heutigen Indien einführt.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 23. Juli 1920.

W Gwerbe-Berein Ragold. Der Ausschuh des Gewerbevereins Ragold hielt gestern im Gasthaus „Gambirinus“ eine Ausschuhssitzung in welcher u. a. auch die neue Preisgestaltung besprochen wurde. Die einzelnen Gewerbezweige berührend, wurde festgestellt daß im Bäckereigewerbe an einen Preisabbau nicht zu denken ist, da dasselbe völlig von der Zwangswirtschaft abhängt u. ohnehin schwer zu ringen hat. Vom Metzgereigewerbe ist zu berichten, daß demselben seit Pfingsten keinerlei Fleischfleisch zugewiesen wurde und daß, nachdem der freie Einkauf verabschiedet wurde, zwar genügend Fleisch erhältlich war, jedoch zu unerschwinglichen Preisen. Durch das lange Aufrethalten der Viehwirtschaft kam von Woche zu Woche weniger Fleisch in den regulären Handel, vielmehr wanderte das Vieh zu ungeheuren Preisen in die Hand der Schwarzhändler und damit in die Großstädte. Erzeugnisse werden deshalb die Fleischverorgungsstelle den Metzgerei den Einkauf mit gewissen Beschränkungen frei zu geben, welche von selbst das Befrieden haben die Preise derwaren, soweit es sich mit den Einkaufspreisen vereinbaren läßt. Beim Kolonialwarengeschäft sind die Preise für die meisten Lebensmittel durch die Zwangswirtschaft geregelt, die Preise für die übrigen Artikel werden abgebaut, wenn auch mit großen Opfern. Im Brauereigewerbe ist ein Abbau kaum zu erwarten, weil Gerste bewirtschaftet und der Verbrauch des Bieres bedeutend nachgelassen hat, so daß der Umsatz in keinem Verhältnis mehr zu den Geschäftskosten steht; dagegen ist Aussicht vorhanden die Qualität des Bieres zu verbessern. Erzeugnisse sind unsere Kleinbrauer in der Lage ihr Bier wesentlich billiger auszugeben, als die Biere der Großbrauereien zu stehen kommen; außerdem hat der große Rostverbrauch der Brauereigewerbe empfindlich geschädigt. Die Preise für Weine gehen zurück, doch dürften sich Qualitätsweine noch einige Zeit im Preise halten. Die Seifen- und Seifenpulver-Industrie ist u. H. noch immer Zwangswirtschaft. Die Verkaufspreise bestimmt Berlin, die herstellenden Betriebe arbeiten lediglich im Lohn. Alle Bestrebungen der Seifenfabrikanten zur Auflösung des Seifenkartells und Herabsetzung der Preise für Seife und Seifenpulver sind bisher daran gescheitert, daß der Reichsausschuh für pflanzliche und tierische Oele und Fette noch tausende von Tonnen teurer Auslandsfette gekauft hat, die jetzt erst hereinkommen und die abzunehmen er das Seifenkartell nötig ist. Die Reichsregierung hat noch vor kurzem durch ihren Vertreter erklärt, daß sie an den technischen Oelen und Fetten der Seifenindustrie eine Einbuße nicht erleiden könne, nachdem sie schon bei der Hingabe von Seifenfette viele Millionen zugeleitet habe. Eine wirkliche Verbilligung der fetthaltigen Waschmittel wird wohl erst die Freiwirtschaft bringen. Im Leztii-Gewerbe, Woll und Baumwollgewerbe und Stoffe ist der Preis infolge steigens der deutschen Valuta teilweise zurückgegangen, während in Leinen und Halbseinen von einem Preisrückgang infolge mangels an Rohmaterial nichts zu verspüren ist. Durch die Mitte Mai plötzlich einsetzende Kaufverlust des Publikums kam der Einzelhändler in die schwierige Lage die teure gekaufte Ware trotzdem mit hohen Teuerungszuschlägen vereinnehmen zu müssen, während der Absatz vollständig stockte und jetzt zu großen Verlusten führt. Die hiesigen Geschäfte haben mit dem Abbau der Preise bereits begonnen, obgleich große Opfer dabei zu bringen sind. Porzellan u. Glaswaren sind kaum zu bekommen und es ist deshalb keine Aussicht auf Verbilligung der Preise vorhanden. Dieser Umstand ist auf die Schwere der Lage der Rohlenbeschaffung und die hohen Arbeitslöhne zurückzuführen. Der Sachwarenamarkt ist unsicher, die Preise haben einen Rückgang

von rund 50 Proz. erfahren, nachdem aber die Rohhäute neuerdings um etwa 25 Proz. gestiegen sind, dürfte ein weiterer Rückgang nicht in Aussicht stehen. Auf dem Eisenmarkt ist ein Preisrückgang in gewissem Maß eingetreten, hervorgerufen im wesentlichen durch die Besserung der Markt, durch die schwache Beschäftigung der Industrie und durch die große Zurückhaltung aller Verbraucher. Auch durch die geringe Bautätigkeit hat der Bedarf an Eisen u. Eisenwaren nachgelassen. Leider hat die Fabrikation von Rohmaterial auf dem rechtsrheinischen Ufer und in Oberschlesien sich bedeutend gehoben, sodah die Verbraucher weniger als dies im letzten Jahr der Fall war, auf die Beschaffung von linksrheinischen Material angewiesen sind. Dieses mußte der schlechten Valuta wegen zu enormen Preisen von Frankreich gekauft werden. Auf dem Markt für Kleinteilewaren und Beschläge ist ein Rückgang der Preise auch deshalb eingetreten, weil die Ausfuhr nach dem Ausland ebenfalls wegen der Besserung der Valuta nahezu aufgehört u. der Inlandmarkt sehr wenig aufnimmt. Ob ein weiteres Sinken in Aussicht steht, kann heute nicht gesagt werden, da dies von dem Stand der Rohlenpreise und der Löhne abhängt. In der W. H. B. Anlage stockt der Absatz vollkommen, ebenfalls hervorgerufen durch das Aufhören nach dem Ausland und das Zurückhalten des Inlandmarktes. Eine baldige Besserung ist dringend zu wünschen und die Erzeuger würden sich gerne mit angemessenen Preisen begnügen. Schmiede, Schlosser, Fleischer, Wagner, Sattler usw. leiden heute noch teilweise unter dem Mangel an Rohmaterial, noch mehr aber an dem Mangel an Absatz, wie auch das gesamte Baugewerbe unter derselben Krankheit leidet. Es wurde festgestellt, daß nicht nur der Wunsch, sondern auch der erstliche Wille zum Abbau in allen Geschäftszweigen ist; ein gründlicher Abbau ist aber nach der Aussicht aller Anwesenden nur dann möglich, wenn der Abbau allgemein durchgeführt wird, d. h. auch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sowie Gehälter und Arbeitslöhne herabgesetzt werden und vor allem die Kriegsgelddruck, welche die Preise bei vielen Bedarfsartikeln heute noch künstlich hochhalten, beseitigt werden und der freie Wettbewerb wieder zu seinem Recht kommt.

Das „Landeramen“. In das evangelisch-theologische Seminar in Schönthal find auf Grund der in den letzten Tagen abgehaltenen Prüfung 38 Jüditige aufgenommen worden, ebensoviele in die niederen Konvikte Ebnungen und Kottweil.

Kein Porzellangelb. Der Gedanke, den Mangel an Kleingeld durch die Ausgabe von Porzellangelb zu beseitigen, ist fallen gelassen. Die zuständigen Stellen, auch die Reichsbank, sind der Ansicht, daß Porzellangelb für den Verkehr ungeeignet ist und als Reichsgeld nicht in Betracht kommt.

Jakobi. Der 25. Juli, der Gedächtnistag des Apostels Jakobus des Älteren, des Sohnes von Zebedäus und Bruders des Evangelisten Johannes, der im Jahre 44 unter dem König Herodes zu Jerusalem enthauptet worden ist, bildet bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung einen wichtigen Abschnitt im Kreislauf des Naturlebens; ist doch der Zeitpunkt gekommen, da die Erntegeschäfte ihren Anfang nehmen. Landbau, landbau kennt man das Sprüchlein: Wenn Jakobus kommt heran, man den Roggen schneiden kann. Trockenheit, heißes Wetter soll die harte schwere Arbeit unterstützen und beschleunigen. In dieser Zeit beginnen die sog. Hundstage. Nach einer weit verbreiteten Bauernregel soll ein trodener Jakobstag einen strengen Winter anzeigen: Ist es hell am Jakobstag, so bringt der Winter Rait und Plag. Und die alten Schäfer behaupten, daß an Jakob, „der Schnee blähe“.

11. Turnkreis Schwaben. Beschluß des Kreis Ausschusses betreffend den 10-Kampf der Jugendklasse bei den am 8. August in Juffenhausem, Wm. Reutlingen und Heilbronn stattfindenden Kreiswettkämpfen. Im Hinblick auf die möglichen Zeitverhältnisse, unter denen besonders auch, unsere jungen Jugend zu leiden hat, bestimnt der Kreis Ausschuh, daß es bei den am 8. August auszutragenden Kreiswettkämpfen in den 4 obengenannten Bezirken dem Jahrgang 1902 gestattet ist, an dem 10-Kampf der Jugendklasse teilzunehmen. Wer zu diesem Jahrgang zählt und bereits zum 12-Kampf gemeldet ist, kann sich unter Angabe des Geburtsjahres und Geburtsorts überschreiben lassen zum 10-Kampf der Jugendklasse. Wer von diesem Jahrgang noch die Absicht hat, sich an diesem Wettkampf zu beteiligen, melde sich in möglichster Eile durch seinen Verein mit 1 M. Mitgliedsbeitrag beim Kreisoberturnwart an. Berichtigt wird, daß die Barrenpflichtübung der Jugendklasse im Schulterstand (Oberarmstang) besteht. Die zweite Pflichtübung am Reck für den 12-Kampf der A-Klasse wird wie folgt abgeändert: An der Hängwaage rückwärts schließt an: An- und Durchhocken in den Schwebehäng (Weinrohbehälter) Felgenzug in den Stütz (Umgriffen zum Aufgriff), Hode.

Ein neues Postmonopol. Das Organ des Verbandes des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals will wissen, daß die Reichspostverwaltung beabsichtigt, die Bestellung von Tageszeitungen außerhalb ihres Erscheinungsorts zu monopolisieren. Zu diesem Zweck soll dem Reichstag ein entsprechender Gesetzesentwurf vorgelegt werden. Das würde das Ende des privaten Zeitungsbestellgeschäfts bedeuten und den Zeitungen außerdem das Recht nehmen, außerhalb ihres Erscheinungsorts eigene Bestellungen ihrer Zeitungen vorzunehmen.

Aus dem übrigen Württemberg.

Dornstetten-Pfalzgrafenweiler. Die Personenpost III von Dornstetten nach Pfalzgrafenweiler verkehrt vom 25. ds. Mts. an auch an Sonn- und Feiertagen; Dornstetten ab 8.10, Pfalzgrafenweiler 9.40.

Tübingen, 22. Juli. Wie verlautet, hat der Vertreter der Forstwissenschaft an der hiesigen Universität, Professor Dr. Wagner, bekanntlich ein Gegner der nunmehr erfolgenden Verlegung der Tübinger Forstakademie nach Freiburg, der auch einen Ruf dorthin abgelehnt hat, nunmehr einen Ruf zur Leitung der württ. Forstverwaltung als Nachfolger von Kellers angenommen. Wenn sich diese Nachricht, für die bis jetzt noch keine Bestätigung zu erlangen war, bewahrheitet, bleibt der ausgezeichnete Kenner unseres heimischen Waldbaus dem Lande erhalten.

Leonberg. Beim Bahnhof Dillingen ist die Leiche einer Frau von mittleren Jahren mit abgefahrenem Kopf auf den Schienen gefunden worden. Ihre Wächterin ist waren W. S. gezeichnet. Die Persönlichkeit ist noch nicht ermittelt.

Stuttgart. Die Bucherkammer hat den Weggermeister Roppar Kieder in Zuffenhausen wegen Höchstpreisüberhebung in Wurst zu 1500 M Geldstrafe oder 100 Tage Gefängnis verurteilt.

Stuttgart, 22. Juli. Im Jahr 1906 hat die Stadtverwaltung die Verabreichung eines warmen Frühstücks an bedürftige Schüler eingeführt. Es wurde Milch verabreicht, seit 1916 infolge der Milchknappheit Kaffee und seit 1917 Suppe ohne Brot. Die Kosten betragen in den letzten Jahren vor dem Krieg für jedes Frühstück 3,33 J. Bedürftige Kinder erhielten es unentgeltlich. Bis zum Jahr 1919 war die Beteiligung der schulpflichtigen Kinder eine gute. 1911 machten 18,9 Proz., 1915 sogar über 20 Proz. aller Volksschüler von der Einrichtung Gebrauch. Die trostlosen Ernährungsverhältnisse, die nur zur Abgabe von Suppe zwangen, und die geringe Beteiligung in der letzten Zeit (durchschnittlich nur 40 Schüler) hat dazu geführt, daß die leistungsfähige Einrichtung des Schülerfrühstücks aufgehoben wurde.

Marbach. Wie berichtet neulich über am Redakteur bei Redaktions gefundene Leiber, die auf einen Selbstmord schließen ließen. Die Leiche ist jetzt gefunden. Es handelt sich um den 51jährigen verwitweten Bauer Emanuel Schülke von Schwaffheim, der aus Schwemmit den Tod gesucht hat.

Serabronn, 22. Juli. Am Larnhallengarten sammelte sich infolge von wilden Gerüchten über eine Erhöhung der Milch- und Butterpreise eine große Menschenmenge und zog vor das Oberamt, wo gerade die Kommission zur Festsetzung dieser Preise tagte. Stadtschultheiß Krost eilte herbei und setzte der Menge auseinander, daß der Milchpreis 1 M, der Butterpreis 10 M betrage. Dadurch wurden die Demonstranten beruhigt und gingen wieder auseinander.

Heidenheim, 22. Juli. Auf dem Heimweg von einer kommunistischen Versammlung beschimpfte ein jüngerer Arbeiter einen Polizeiwachmann in so unfähiger Weise, daß ihn dieser verhaften wollte. Das führte zu einem Aufruhr. Mannschaften der Polizeiwache zerstreuten die Menge.

Bom Ulm, 22. Juli. Bei einem stocken Gewitter ist bei Waldenhausen, Gemeinde Kirchdorf, die 31 Jahre alte Maria Braig von Grothheim, die am Waldrand unter einer Tanne Schutz gesucht hatte, vom Blitz getötet worden. Man fand sie in halb lehrender, halb stehender Stellung auf.

Sosbad, 22. Juli. Die Hoffnungen auf einen Abschlag der Wollpreise werden immer geringer, da die Schafweidepreise immer weiter ansteigen. Als voriges Jahr die hiesige Weide 11 000 M erbrachte, hielt man diesen Preis für ungeheuer hoch. Dieser wurden aber sogar 27 000 M erzielt.

Generalversammlung der württ. Verkehrsbeamten des Sekretärsdienstes.

Die württ. Verkehrsbeamten des mittleren Sekretärsdienstes hielten am 18. Juli in Stuttgart eine von ganzen Lande außerordentlich stark besuchte Generalversammlung ab, um vor allem zu den Fragen der Reichsbesoldungsordnung und des Uebertritts in den Reichsdiens Stellung zu nehmen. Die Versammlung, die sich trotz der großen Erregung über die ungerathene Behandlung bei der Einführung in die Reichsbesoldungsordnung in durchaus geordneten Bahnen bewegte, zeigte durch die einstimmige Annahme sämtlicher von der Vereinsleitung eingebrachten Anträge ein erfreuliches Bild völliger Harmonie und Solidität. Einstimmig hat die Generalversammlung verlangt, daß die württ. Verkehrsbeamten unter keinen Umständen schlechter in die Reichsbesoldungsordnung eingestuft werden dürfen, als die in den Reichsdienst übergetretenen Finanzbeamten in die RBC. und die gleichstufenden Landesbeamten in die württ. Besoldungsordnung eingestuft sind. Die Vereinsleitung wurde beauftragt, diese Forderungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen und die Abstimmung über den geschlossenen Austritt sämtlicher Angehörigen der Vereinigung in den Landesdienst unverzüglich einzuleiten. An die württ. Staatsregierung wurde eine Entschärfung abgegeben, in der von ihr Wahrung der Interessen der leitenden württ. Verkehrsbeamten verlangt wird.

Schwäbische Sternwarte.

Der Verein „Schwäbische Sternwarte“, der sich die Pflege der Sternkunde in Württemberg zur Aufgabe stellt, hat kürzlich in Stuttgart seine erste Hauptversammlung abgehalten. In den Vorstand des Vereins wurden gewählt die Herren: Rob. Henning, Dr. G. Dobe, Th. C. Giesch, Reg. Rat. Paul. J. Morhart, Pfarrer P. Langbein, Prof. Dr. Stank. Obering. A. Ullinger, in den Arbeitsausschuß die Herren: Obering. H. Büggeln, Prof. Dr. E. Hammer, Reg. Baum. W. Jost, Verlagsbuchh. W. Keller, O. Marabini, Prof. Dr. Rosenfeld, Dr. Schod, W. Schweizer, Prof. Dr. Wildermuth. Der Verein will unter anderem durch Vorträge in allen Landesteilen, Sternführungen zur Einleitung in die Kenntnis des gestirnten Himmels, Beratung von Liebhaberastronomen, vor allem aber durch Errichtung einer Volksternwarte in Stuttgart wirken. Um diese letztere Aufgabe auch nur in bescheidenem Maße lösen zu können, bedarf er erheblicher Mittel. Es ist daher eine „Replerstiftung 1919“ ins Leben gerufen worden. Dem Aufruf dazu, der von einer großen Reihe namhafter Persönlichkeiten unterzeichnet worden ist, entnehmen wir folgendes: Die Volksternwarte soll im Laufe der Jahre zu einer weit ins Land hinein wirkenden Stätte vorbildlicher volkstümlicher Wissenschaftspflege werden, würdig, dem Gedächtnis eines Großen zu dienen, dessen gewissenhafter Wahrheitswille, dessen geläutertes Weltvertrauen über die Jahrhunderte hinweg die Welt befruchtete. Die Schwäbische Volksternwarte dient nicht nur anschauernder Vertiefung in die Schönheiten und Wunder des Himmels und seine erhabenen Gesetze, sondern zugleich der Bestimmung auf die allen Lebenden gemeinsamen Urgründe und Schicksale des Seins, auf die organische Verknüpfung des Kleinsten ins Ganze, auf die alles durchwirkenden Entwicklungszusammenhänge, deren „Zusammenhang“ dem empfindlichen Ohr gewaltig genug ibrnt, um auch herben Nächsten vergänglich menschlicher Zustände harmonisch aufzulösen. Eine Bestimmung, deren Früchte Vertrauen, Festigkeit, hauptsächlich menschliches Gemeinheitsbewußtsein sind. Zahlungen zugunsten der Replerstiftung 1919 sind auf das Konto „Replerstiftung 1919“ bei der Württembergischen Vereinsbank, Stuttgart, Friedrichstraße, oder irgend einer Zweigstelle dieser Bank, zu leisten.

Die Geschäftsstelle des Vereins, Stuttgart, Hölderlinplatz 1 I, sendet auf schriftliche Anfragen anstehende Druckfachen über den Verein.

Legte Nachrichten.

Sitzung des Reichswirtschaftsrates.

Berlin, 22. Juli. Der Reichswirtschaftsrat hielt heute vormittag eine Sitzung ab, um Regierungserklärungen bezüglich der Verhandlungen in Spaa entgegenzunehmen. Nachdem Präsident Edler v. Braun die Aufgaben des Reichswirtschaftsrats vorgelegt hatte, besprach Reichswirtschaftsminister Scholz das Kohlenabkommen. Der Vertrag könne nur erfüllt werden, wenn es gellinge, eine starke Förderung der Kohlenproduktion herbeizuführen und den deutschen Kohlenverbrauch zu beschränken. Er habe zwar dem Kohlenabkommen widersprochen, weil es ein fast unerträgliches Faktum darstelle, trete aber trotzdem mit aller Kraft für restlose Erfüllung des Abkommens ein. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns teilte mit, daß sich der Bergarbeiter eine große Erregung bemächtigt und daß sie das Ueberichtsabkommen kündigen. Morgen trete im Reichsernährungsministerium in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsarbeitsministerium eine Konferenz der Bergarbeiterorganisationen zusammen, um die Grundlagen der Verbesserung der Ernährung zu besprechen, vor allem um das Brot zu verbessern. Die Besprechung der Regierungserklärung wird am Samstag fortgesetzt.

Berlin, 22. Juli. Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung der Regierung über die Verhandlungen in Spaa. Präsident Edler v. Braun: Man hat sich gewünscht, daß der Reichswirtschaftsrat zuerst den Bericht der Regierung entgegennimmt. Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist er das ausschließliche Organ der Regierung in allen wirtschaftspolitischen und sozialen Fragen. Ein Gutachten hat nur dann einen Sinn, wenn es abgegeben wird, ehe die Entscheidung getroffen wird. (Sehr richtig.) Deshalb liegt es im Sinne der Bestimmungen, aber auch im Interesse des Reichstags, daß der Reichswirtschaftsrat vor dem Reichstag Stellung nimmt. Wir werden uns streng an die Aufgabe halten müssen, die uns zugedacht ist. Unsere Aufgabe kann es nicht sein, über die Verantwortung der Regierung über die Verhandlungen in Spaa zu beraten und der Regierung Vertrauen oder Mißtrauen auszusprechen. Das ist Aufgabe des Reichstags. Wir müssen uns darüber klar sein, daß, wie auch die Entscheidung des Reichstags fällt, an den Abmachungen von Spaa nichts mehr zu ändern ist. Damit müssen wir uns abfinden, so schwer es auch für das deutsche Wirtschaftsleben ist. Der Reichswirtschaftsrat ist berufen, die Wege zu suchen, wie wir uns in diese harten Bedingungen hineinfinden können, die Maßregeln zu beraten, die notwendig sind, um trotzdem unser Wirtschaftsleben aufrecht zu erhalten. Ich bitte, Ihr Einverständnis damit anzusprechen, daß ich die Verhandlungen in diesem Sinne leite.

Reichswirtschaftsminister Scholz: Die Reichsregierung vertritt die gleichen Anschauungen. Daß der Gang nach Spaa ein schwerer war, zeige schon die ganze Art der Aufnahme. Bei allen Verhandlungen wollte die Entente nur diktieren. Wenn sie das später änderte, so war es das Verdienst der außerordentlich geschickten Verhandlungsführung des Reichsministers des Äußeren. Auch in der Kohlenfrage lag zunächst ein Diktat vor. Demgegenüber führte die deutsche Delegation durch zwei Sachverständige aus, daß eine Erhöhung der Kohlenlieferung nur durch Schaffung der Einheit zwischen Regierung und Arbeitern möglich sei und so kam es zu der paritätischen Kommission von Sachverständigen. Wenn diese leider zu keinem greifbaren Ergebnis kam, so lag das daran, daß die Entente an ihren ursprünglichen Forderungen festhielt, deren Annahme für uns unmöglich war. Für die veränderte Haltung der deutschen Regierung war außer der Drohung mit dem Einmarsch auch noch die Tatsache maßgebend, daß sich im Falle dieses Einmarsches die Alliierten keineswegs auf die zwei Millionen Tonnen monatlich beschränkt, sondern die Kohlenlieferung in vollem Umfang der Friedensvertragsbestimmungen, also mit 3,3 Millionen monatlich, verlangt haben würden. Schließlich nahmen wir die 2 Millionen. Leider wurde unser Vorbehalt bezüglich Überschleifens nicht in vollem Umfang akzeptiert. Bezüglich der Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter wurde uns nur zugestanden, daß der Gegenwert der Lieferungen nicht im Landespreis angedreht werden würde und bezüglich der überschleifischen Frage wurde nur allgemein anerkannt, daß die Verteilung der überschleifischen Kohle durch eine Kommission zu bestimmen sei, in der Deutschland vertreten sei. Wir entschlossen uns zur Annahme des franz. Angebots mit Ausnahme der bekannten Ziffer 7. Ich stehe mit der Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß das Kohlenabkommen von Spaa fast unerträglich ist. Der Vertrag kann nur erfüllt werden, wenn es gellinge, eine stärkere Förderung herbeizuführen und den deutschen Kohlenverbrauch zu beschränken. Es bedarf des höchsten Willens der deutschen Arbeiterschaft. Ich habe dem Kohlenabkommen in seiner letzten Fassung widersprochen, weil es für uns ein fast unerträgliches Faktum darstellt. Trotzdem trete ich mit aller Kraft dafür ein, daß das Abkommen restlos erfüllt wird und richte an Sie den bringenden Appell, alle Ihre Kräfte der Reichsregierung zu leihen, damit sie in der Lage ist, das Abkommen zu erfüllen. Deutschland muß alles daran setzen, sein Versprechen zu erfüllen. (Beifall.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Angesichts der Verhandlungen in Spaa hat sich der Bergarbeiter eine große Erregung bemächtigt. Sie beschränken von den Forderungen der Entente eine Stilllegung der deutschen Industrien, eine Steigerung der Arbeitslosigkeit und eine für sie ungünstige Lösung der Frage der Ueberichtsabnahme.

Die Bergarbeiter wollen nun das Ueberichtsabkommen kündigen. Die Gründe hierfür sind das Verden unter der Dikte und das außerordentlich schlechte Brot. Das Arbeitsministerium hat deshalb Verhandlungen mit den Bergarbeitern eingeleitet. Der Steinlohnbedienst ist durch Förderung der Braunkohle und des Torflechens zu ergänzen. Ich hoffe, daß die Arbeiterschaft in allen ihren Entschlüssen die wirtschaftlichen Grundlagen eines sozialen Fortschritts nicht aus dem Auge verliert. Im Reichsernährungsministerium tritt in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsministerium und dem Arbeitsministerium morgen die Konferenz der Bergarbeiter-

organisationen zusammen, um die Grundlagen für die Verbesserung der Ernährung zu besprechen, in erster Linie, das Brot zu verbessern. In letzter Hinsicht sind uns bereits über 80 000 Tonnen Getreide aus der neuen Ernte angedeutet worden. Außerdem beginnen die Zufuhren mit Auslandsgetreide regelmäßig anzulaufen. Im Ernährungsministerium wird ein einheitlicher Plan für die Ernährungswirtschaft des nächsten Jahres zugleich mit einem Einfuhrprogramm ausgearbeitet auf der dreifachen finanziellen Grundlage der eigenen Devisen, der Vorkasse und der Goldprämie von 5 Mark. Vorgelegungen ist eine Konferenz der Ernährungsminister von England, Frankreich, Italien und Deutschland unter Heranziehung von Sachverständigen, um eine gemeinschaftliche Einfuhrstrategie zu ermöglichen. Die Besprechung der Regierungserklärung wird am Samstag um 10 Uhr fortgesetzt.

Wiederholte schwarze Grenel.

Lauf B. L. A. wird aus Saarbrücken gemeldet, daß am Sonntagabend in Neuentkrän ein marokkanischer Sergeant einen 10jährigen Jungen vergewaltigt hat, wobei der Junge schwer mißhandelt wurde. Der marokkanische Sergeant wurde festgenommen.

Kundgebung gegen die Lebensmittelteuerung.

Einer Blättermeldung aus Bochum zufolge kam es gestern Abend dort zu einer Kundgebung gegen die Lebensmittelteuerung. Mehrere tausend Arbeiter zogen in geschlossenem Zug zum Rathaus und sandten eine Abordnung zum Lebensmittel-Dezernenten, der vom Balkon aus eine Ansprache hielt. Die Menge zerstreute sich darauf ohne Zwischenfall.

Vortläufig keine Herabsetzung der Lebensmittelpreise.

Berlin, 23. Juli. Der Abordnung der Dresdner Erwerbslosen, die in Berlin Beratung gegen die immerwährenden Steigerungen der Lebensmittelpreise in Dresden einlegten, wurde, lt. B. L. A., mitgeteilt, daß eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise nicht bevorstehe. Die Reichsregierung wird von der Entente Vorkasse erhalten, die die Einfuhr von Lebensmitteln und dadurch auch eine Herabsetzung der inländischen Lebensmittelpreise ermöglichen.

Zur Kohlenablieferung.

Die der Berliner Lokalanzeiger aus Bochum meldet, beruft der Alte Bergarbeiterverband auf den 25. Juli dorthin eine Konferenz für das Ruhrrevier ein, deren Tagesordnung „Das Kohlenabkommen von Spaa und die Bergleute“ lautet. Referent ist Abgeordneter Otto Huse.

Zur neuen Steuer.

Berlin, 22. Juli. Für die Auffüllung der Steuererklärung zum Reichsnotopfer ist in weitem Umfang die Bewertung von Vermögensgegenständen notwendig, die unter den jetzigen Verhältnissen besonderen Schwierigkeiten begegnen. Dies gilt in erster Linie für die Bewertung von Grundbesitz und Betriebsvermögen. Um den Steuerpflichtigen wie den Veranlagungsbehörden einen Anhaltspunkt für sachgemäße Bewertung dieser Vermögensgegenstände zu geben, wird z. B. im Reichsfinanzministerium der Entwurf von Richtlinien vorbereitet. Die Veröffentlichung dieser Richtlinien soll so rechtzeitig erfolgen, daß sie noch bei Aufstellung der Steuer innerhalb der vorgesehenen Frist berücksichtigt werden können.

Kennié nach Paris.

Berlin, 22. Juli. Der B. L. meldet aus Allenstein, daß der Vorsitzende der Interalliierten Kommission, Minister Kennié, nach Paris reiste, um der Pariser Konferenz über die Abstimmung in Ostpreußen Bericht zu erstatten.

Der Kampf um Wilna.

London, 22. Juli. Nach einer Times-Meldung aus Romno dauert der Streit der Bolschewisten und Litauer um Wilna an. Die Bolschewisten weigern sich, die Stadt zu räumen und haben unter dem Vorbehalt einer militärischen Notwendigkeit dort eine Zivilverwaltung eingerichtet. Die Litauer haben gegen diese Maßnahme Protest eingelegt und weigerten sich, ihre Truppen in Wilna unter das Kommando der Bolschewisten zu stellen.

Antliche Kurse

mitgeteilt von der Bankfirma Baer & Elend, Karlsruhe i. B.

9%, Kriegsanleihe	79 1/2	Wagr. Gl. Wsk.	809
4%, Württemberg	87	Vord. Fahrt	182
4%, Bad. Eisenb. Anl.	83	Nord. Elpod	175
3 1/2%, do. cons.	87	Wähig	468
4%, Bayern	85	Bad. Wälin u. Sado-Wälin	472
		Deutsche Reich-Anl.	428
		Deutsche Schwei 100 Franks	= 700
		Holland 100 Gulden	= 1370

Bankhaus Baer & Elend, Karlsruhe i. B.

Erlidigung aller ins Bankfach schlagenden Geschäfte. Kostenlose Auskünfte über finanzielle Angelegenheiten.

Rechtsanw., Druck und Verlag
von B. W. Sallerhans, Hauptstadt, (Balt. Bollen) Hagold.

Stadtgemeinde Nagold.

Bestellungen von

Baumstützen

werden am Samstag vormittag von 8-12 Uhr im Gewerbeschulhaus erste Türe links vom Haupteingang entgegen genommen. 328

Städt. Forstverwaltung.

Nagold.
Zwei Viertel

Acker

mit Dinkel

in Hefel verkauft
Wer? sagt die Geschäftsstelle des Besitzers.

Amtskalender

1. d. ev. Volksschulen Württigs.
Schuljahr 1920/21

fordern erschiene u. vorrätig bei

G. W. Jaifer,
Buchhandlung, Nagold.

Bekanntmachung.

Nachdem die Veranlagung der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs vollzogen ist und die Steuerbescheide an die Steuerpflichtigen zur Post gegeben sind, wird darauf hingewiesen, daß gemäß § 218 und 230 der R. Abg. Ord. (R. Ges. Bl. S. 1993) der Einspruch gegen den Steuerbescheid binnen 1 Monat zulässig u. daher vom 26. Juli bis spätestens 25. Aug. 1920 beim unterg. Finanzamt schriftlich oder zu Protokoll anzubringen ist.
Kittensberg, den 23. Juli 1920.
333 Finanzamt: Regierungsrat Dr. Fit.

**Stadtgemeinde Nagold.
Reifig-Verkauf.**

Am Samstag, 24. Juli, aus Distr. Hengelberg
Reifig Wellen: Nadelholz gebunden 2000.
Zusammenkunft zum Vorzeigen 2 Uhr beim Bahnübergang, Verkauf 3 Uhr beim Steinbruch. 318

Verloren

ging am Samstag auf der Straße von Volmaringen nach Nagold eine braune 321

Brieftasche

mit größerem Gelddbetrag und sonstigem wertvollem Inhalt.
Der eheliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen gute Belohnung in der Geschäftsstelle des Blattes abzugeben.

Nagold.

Verkaufe am Samstag, 24. Juli einen Transport
**schöne, starke
Läufer Schweine**
Für gesunde, feuchtfreie Tiere
wird garantiert. 335

**Unsere
Steinschlagmaschine**

arbeitet gegenwärtig für die Stadtgemeinde
in Haiterbach. Sollten umliegende Gemein-
den dieselbe benötigen, so wollen An-
fragen gerichtet werden an

Baugeschäft Alber & Stäbler, Calw
Tel. 85. 322

Möbigen.

Infolge Wirtschaftsanfrage bringe ich am
Samstag den 24. Juli, vormittags 1/9 Uhr
folgendes zur

Versteigerung:

- 1 Wirtschaftsbüfett, sämtliche
Tische, Stühle, Schrauben,
Gläser und Untertäfchen,
ferner 1 aufgemachten
Zweispänner-Wagen,
- 1 Straßer's Handbrot-
ofen, wenig gebraucht, und
ein Bienenkasten,
Doppelbäuter, badisch. Maß.

**Aug. Morlok,
z. „Adler“.**

Anschließend kommen noch im Gasthaus z.
„Hirsch“
15 St. ältere Fenster
zur Versteigerung.

Sehe einen schönen, 14
Monate alten 325
Farren,
(Selbschad)
zurucht geeignet, dem Ver-
kauf aus.
**Gustav Bauer,
Wildberg.**

Gältslein.
Sehe wegen Platzmangel
1 starken, ein- und zweispän-
nig eingefahrenen 320
**Rapp-
Wallachen**
dem Verkauf aus.
Martin Binder
beim Schulhaus.

**Zigarren,
Rauch- u. Kaulabak**

zu herabgesetzten Preisen
327 empfiehlt
Ehr. Raaj
Kumpfs Nachf., Nagold,
Marktstraße.

Mädchen

Ein ordentliches 331
wird nach Herrenberg für
Broschierarbeiten gesucht. Gute
Behandlung, guter Lohn und
gute Kost zugesichert.
Näheres in der Geschäftsst.
Auch sind ein Paar schöne
Damenstiefel,
größe 40-41, zu verkaufen.



Württemberg. Schwarzwaldverein
Bezirksverein Nagold.

Ausflug

am Sonntag, den 25. Juli, nach Hirau,
Schweinsbachtal, Oberfollbach, Kollbachtal,
Riebenzell. Abfahrt um 10.30 in Nagold
nach Calw. Rückkehr Riebenzell ab um 6.55.
334 Vorstand: Schleifer.

Wildberg.

Achtung!

Zur gefälligen Beachtung der werten Einwohnerschaft
von hier und Umgebung die Mitteilung, daß ich meine

Original-Schiffschaukel

zur gefälligen Benützung Sonntag und Montag 305
am Ganturnfest aufgestellt habe.
Der Besitzer.

BEDEUTENDSTES, PFÄLZ. FLASCHENWEINHAUS
sucht in Nagold u. Umgebung einen in den ein-
schlägigen Geschäften, Hotels und bei besseren
Privaten gut eingeführten V 20
VERTRETER.
Verlangt wird: Umsichtige u. gründliche Arbeit.
Geboten wird: Hohe Provision u. umfangreiche
Unterstützung durch Propaganda jeder Art.
Offerten mit Referenzen unt. N. 10 732 an Han.-
Expedit. D. Frenz, G. m. b. H., Mainz, erbeten.

Effringen.

Sehe ein 12 Wochen trächtiges
Mutterschwein
(Grüßling) 323
dem Verkauf aus
Christian Ziegler beim Pfarrhaus.

**Billige
Ferkel!**

Infolge di-
rekten Einkaufs u. waggon-
weisen Bezug kann ich prima
feuchtfreie Oldenburg und
Doper Ferkel, bekanntlich die
besten zur Mast zu konkurrenz-
losen Preisen liefern u. offer-
riere freibl.:
ca 8 Wochen alte à M 230-260
10-12 270-300
Berf. unter Garantie f. lebende
Antunft gegen Nachn. Antis-
tierärztliche Untersuchung vor
Abführung. 301
Bedeutende Frachtersparnis.
Streng reelle Bedienung.
J. Mohr jr., Ulm a. D.

Provisions-Vertreter
zum Verkauf von Zigarren und
Zigarretten gesucht. Nur bei der
einstgl. Kundenschaft gut eingeführte
Herren wollen sich melden unter
N. N. 914 an Rudolf Hoffe,
Mannheim. 328

Kommunistische Partei (Spartakusbund).

Im Saale des „Löwen“, Freitag 23. Juli
abends 8 Uhr 313

Oeffentliche Volksversammlung

Thema:
**Die Teuerung; ihre Beseitigung
im Kommun. Staat.**

Referent: Genosse Littel, Stuttgart.
Arbeiter! Angestellte! Lehrer! Beamte! Erscheint zahlreich!

337 Effringen, den 23. Juli 1920.



Trauer-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Be-
kaunten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß
unsere gute Mutter, Schwester, Schwiegermutter u.
Großmutter

Maria Stängle Wwe.

geb. Reule
nach langem schwerem Leiden gestern früh um 7 Uhr
sanft in dem Herrn entschlafen ist.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
die Töchter: **Elisabeth Westwelder**
mit Gatten in Amerika,
Maria Stängle;
die Schwestern: **Barb. Bager** in Neuweiler,
Flore Betsch in Amerika,
Margarete Bihler in Neuweiler.
Beerdigung: Samstag nachm. 1 Uhr.

Das neue
Favorit-Moden-Album
(Sommer 1920.)
Vorrätig bei G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.

Unterschwandorf. 316
**Schäferkarren-
Verkauf.**
Einen gut erhaltenen mit
Zinkdach bedeckten Schäfer-
karren legt dem Verkauf aus
die Fehrl. v. Kehler'sche
Güterverwaltung.

3 eigene umgearbeitete
Saß
172-547 Liter haltend,
verkauft im Auktions am
Montag, 26. ds. Mts. mit-
tags 1 Uhr 324
**Wagnerstr. Zaur,
Haiterbach.**

Kurse am 22. Juli 1920
mitgeteilt durch die
Gewerbebank Nagold e. G. m. b. H. in Nagold.

Zuländische Staatspapiere.	4% Frankl. Hypoth.- Kreditver. S. 15-19, 21-27, 31, 34-42 98.40
5% Deutsche Reichsanl. 1.-8. Kriegsanl. 79.00	4% Rheinl. Hypoth. Bk. 100.40
4% dgl. v. 1918 unk. 1925 69.25	4% Württ. Hypoth. Bank 102.-
3 1/2% dgl. 61.00	3 1/2% dgl. kdb. A-D u. K-N 95.50
3% dgl. 50.10	3 1/2% dgl. kdb. ab 1913, 1915 91.-
5% 1. Dtsch. Schatzanw. 100.-	4% Württ. Kreditver. 104.-
4% Bad. Anleihe 88.-	Obligationsen.
3 1/2% dgl. v. 1900 70.-	4% Stadt Frankfurt a. M. 105.60
4% Württemberg., k. 1915 1921 u. 1935 88.-	4% Stadt. Stadt v. 1919 99.-
3 1/2% dgl. v. 1875 93.-	Wätsen.
3 1/2% dgl. v. 1879/80 76.-	Darmstädter Bank 143.50
3 1/2% dgl. v. 1881/85 Ldt. L-O 72.-	Deutsche Bank 264.-
3 1/2% dgl. von 1900 (1903 ff.) 72.-	Diskontogesellschaft 195.-
3% dgl. von 1896 73.50	Dresdner Bank 163.50
Pfandbriefe.	Bad. Anl.-u. Sodafabrik 477.-
4% Frankl. Hypoth. Bank 101.-	Halmr. Boretan 220.-
3 1/2% dgl. 89.50	Stinger-W. Jannabek 244.-

